

Anlage 10

Es gilt das gesprochene Wort!

Freier Redebeitrag des OB zur HH-Debatte zum HH-Planentwurf 2008 – SR 10.12.1007

Herr Vorsitzender,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich werde keine lange Rede halten, nur einige Grundsatzbemerkungen machen und auf einige Formulierungen die eben gebracht worden sind, reagieren. Zunächst mal ist es wirklich bemerkenswert, in welcher ruhiger und sachlicher Atmosphäre hier die Haushaltsberatung geführt wird. Es war ja bis auf Herrn Westphal, und dass kennen wir ja, kaum Polemik drin in den Reden. Das beschreibt die Situation, die wirklich aus meiner Sicht nicht besonders schön ist. Wir beraten hier Haushalte Jahr für Jahr seit 2003, die keinen Ausgleich haben. Wo mit jedem Jahr die Verwaltung und meine Person als auch der Stadtrat kaum noch Möglichkeiten sieht, wie man eigene politische Vorstellungen, eigene politische Ideen umsetzen kann, weil uns einfach die Hände gebunden sind. Das stellen wir alle gemeinsam fest und wissen auch dass es so ist. Die Frage ist nur, woran liegt es, dass es so ist. Was sind die Ursachen dafür? Da sagen die einen, je nach Regierungskoalition in Berlin, wer Schuld ist im Bund. Das wechselte immer in den Jahren, wer Schuld war an der Bundespolitik. In der Konsequenz ist es aber so, dass uns auch auf Bundeseite einige Sachen in den Haushalt eingestellt worden sind, die wir nicht zu verantworten haben. Ich will nur 3 Beispiele nennen:

Das Erste die Steuerreform. Die Steuerreform im Jahre 2000 mit der Absenkung der Unternehmenssteuer hat uns Ausfälle gebracht in Größenordnungen pro Jahr von 20 Mio. Gewerbesteuer. Ganz klare Verantwortung auf Bundesebene und natürlich auch, was man dazu addieren muss, eine Delle in der Wirtschaftsentwicklung. Ich will nicht von Rezession reden, aber es gab eine Delle in der Wirtschaftsentwicklung. Das Zweite ist, dass das Land uns nachweisbar, wir haben es auch immer wieder hier im Stadtrat vorgestellt, die allgemeinen Zuweisungen reduziert hat in Größenordnungen. Und zwar von 2001 bis 2005 von 30 Millionen. Das Land argumentiert aus guten Gründen, weil wir auch kein Geld und nur Schulden haben, nachvollziehbar. Da kommen auch die Abgeordneten im Landtag und im Stadtrat in Bredouille wenn sie einmal so und einmal so entscheiden müssen, es ist eine schwierige Situation. Sehe ich wohl so. Das hat dazu geführt, dass wir pro Jahr 50 Millionen auf der Einnahmeseite, Herr Westphal, weniger hatten. Jetzt kommen wir das erste Mal zur Mathematik, zum Rechnen, d.h. zum Addieren und Subtrahieren. Wenn man allein Hartz IV betrachtet, kostet uns das 70 Millionen. Da hatten wir Sozialhilfeleistungen aber keine 70 Millionen für und gerade in Magdeburg, eine riesige Zahl von Arbeitslosenhilfeempfänger, die wir übernommen haben, die wir heute mit bezahlen, die früher nicht bezahlt worden sind. Also die größte Summen, die man einfach sehen muss, die kann man nicht einfach weg lassen. Die führt zu dramatischen Änderungen in der Gesamthaushaltssituation. Darum kann man die Zahlen wahrlich nicht vergleichen. Und trotzdem haben wir mit 121 Maßnahmen bis heute 84 Millionen Konsolidierungsbeitrag geliefert, und zwar pro Jahr. Wäre das nicht geschehen, wäre die Lücke im Jahre 2008 bei über 80 Millionen Euro nur auf das Jahr 2008 bezogen. Das heißt, wir wären schon lange am Ende und den Haushalt hätte uns ja niemand mehr genehmigt. Jetzt noch mal zur Frage der Verantwortung des Landes noch mal. Ich rede hier oft mit meinen Kollegen aus den benachbarten Bundesländern Sachsen und Thüringen, erst vor 14 Tagen wieder in Jena. In Sachsen und in Thüringen gibt es was die Großstädte betrifft, fast keine Stadt mehr, die ein Haushaltsproblem hat.

Die haben alle ausgeglichene Haushalte. Die großen Städte in Sachsen und die großen Städte in Thüringen haben einen ausgeglichenen Haushalt. In Thüringen ist es gar verboten einen Haushalt vorzulegen, der nicht ausgeglichen ist, das dürfen die gar nicht.

Der wird da gar nicht akzeptiert und die müssen sofort gegensteuern. Wie hätten wir das machen sollen mit 50 Millionen auf einen Schlag. Das hat unsere Regierung natürlich sofort erkannt, dass das gar nicht geht und hat dann großzügig, wie man so ist, den Zeitraum der Konsolidierung verlängert auf 10 Jahre, mit dem Resultat, das Problem verschärft sich, weil man Summen ansammelt, die man kaum noch abtragen kann. Aber man war das Problem erst mal ein Stück weit los, hat es nach hinten geschoben, machen wir in 10 Jahren. Und jetzt sind die Summen so groß, dass man kaum noch Land sieht, wie man sie wieder abbauen kann. Und wir kommen in eine Situation die ist für Städte und Thüringen und Sachsen nicht vorstellbar, dass wir die nächsten 7 Jahre jetzt schon wissen, dass wir HH-Konsolidierung machen. Die nächsten 7 Jahre bis 2015 sind wir nicht frei handlungsfähig, eine unvorstellbare lange Zeit, wo eine Kommune nicht alleine entscheiden kann, was sie machen will. Das gibt es nur in Sachsen-Anhalt. Ich sag das so deutlich, weil ich damit auch klar machen will, dass bei uns Strukturentscheidungen nicht getroffen worden sind, zu Gunsten der großen Städte wie für Magdeburg, egal wer an der Regierung war. Und das Resultat, was wir auch wahrnehmen können, dass ist für uns ja bitter, bitter wenn wir sozusagen betteln gehen müssen, bei Gemeinden um die Stadt herum, und sagen, wir möchten gerne einen Finanzbeitrag haben für die Großstadt. Und dass ist ja die Situation die hier vor uns jetzt liegt. Wir wissen, dass eine Gemeinde vor unseren Toren ein Gymnasium bauen will und wir schließen die Schulen und reißen die Schulen ab, volkswirtschaftlich totaler Unfug, aber es passiert. Und wir gucken alle zu und sagen, können wir nichts machen, kommunale Selbstverwaltung ist einfach so. Da greift man nicht ein. Und wenn dann mal Gesetze auf den Weg gebracht werden, dann werden sie kurz vor Toresschluss wieder zurückgeholt. Es war ja die Idee von Minister Daehre im März zu sagen, wir machen die Erhöhung von 27 auf 28 %. Das Kabinett hat das passieren lassen, es ist ja durchgegangen ohne großes wenn und aber. Und dann wird's in der Fraktion wieder eingeholt. Was sollen wir denn davon halten als Großstadt bezüglich sicherer Planung wenn so mit uns umgegangen wird. Dass ist eigentlich für eine Großstadt und für eine Landeshauptstadt kein erstrebenswerter Zustand. Zum Zweiten wenn ich das noch sagen darf gleich an dieser Stelle, weil ich einmal beim Minister Daehre bin, hinsichtlich der Parkgebühren. Wir werden gezwungen für 20 Millionen Maßnahmen vorzulegen und das mit den Parkgebühren war meine erste Aussage im März, als ich von der Verdopplung gesprochen habe. Das stand in jeder Zeitung und in jedem Sender ist das berichtet worden. Dann haben wir einen Brief geschrieben und darauf am 11. Juli folgende Antwort bekommen. Ich zitiere jetzt mal aus dem Schreiben: ...“die Festsetzung der Höchstbeträge solle meines Erachtens wie auch schon die Gebührenordnung, künftig der kommunalen Ebene überlassen werden. Eine Sonderregelung für Magdeburg ist nicht möglich. Ich beabsichtige daher, der Landesregierung vorzuschlagen, die Regelung zu den Parkgebühren durch entsprechende Rechtsverordnungen inhaltlich zu ändern“. ..., also uns zu übertragen. Schreiben vom 11. Juli, bis heute nichts gemacht. Natürlich muss man darauf vertrauen können, wenn ein Minister einen Brief schreibt, dass er es auch macht. Jetzt noch einmal worum es eigentlich geht dabei. Es geht darum, dass die Gebührenordnung folgendes vorsieht. Die sieht vor, pro angefangene halbe Stunde darf man 50 Cent nehmen. Wir wollen jetzt für eine Stunde 1,50 Euro nehmen. Wenn wir unsere Uhren auf 61 Minuten stellen würden, dürften wir es machen. Ab 61. Minute könnten wir 1,50 Euro nehmen. Es geht also um eine Differenz von einer lächerlichen Minute, um die wir jetzt streiten.

Und da sagt der Minister jetzt so ganz cool am Freitag zu mir im Ministerium, diese Abzocke mache ich nicht mit. Dass ihr in Magdeburg die Bürger abzocken wollt, da mache ich nicht mit, dass geht nicht über meinen Tisch. Nach diesem Schreiben, was wir im Juli bekommen haben. Was ist das für eine Gesamtpolitik einer Regierung, uns aufzufordern, Maßnahmen vorzuschlagen, die werden genehmigt vom Landesverwaltungsamt und im Ministerium und der andere Minister sagt, diese Abzocke mache ich nicht mit. Also, größeren Populismus kann man kaum machen. Niemand von uns hier im Stadtrat hat das mit großer Freude beschlossen, weder die Verwaltung noch der Stadtrat. Und dann hinterher sagen wir, machen wir so nicht. Das finde ich schon ein starkes Stück, wenn die Regierung sozusagen mit einer ihrer Stimmen spricht und uns damit in ein riesengroßes Ungemach bringen wird. Ich hoffe, dass das klargesellt wird und die Regierung dazu eine vernünftige Auffassung hat. Er muss es ja im Kabinett vorlegen, er muss es endlich mal machen. Soll er es uns doch überlassen, dann hat auch das Land keine Verantwortung dafür, was da passiert in unserer Stadt. Das zu der Problematik der aktuellen Parkgebühren. Dann hatte Herr Brüning angemahnt, die Gespräche mit Barleben. Ich sag's Ihnen noch mal und für das Protokoll. Wir haben 3 mal, 2 mal Herr Dr. Puchta und 1 mal ich einen Brief geschrieben nach dem Stadtratsbeschluss, um mit uns in Verhandlungen zu treten. Wir haben 3 mal bis heute keine Antwort von Herrn Bretthauer bekommen, bezüglich der Gesprächsangebote. Die Briefe können Sie alle in Kopie haben zum Thema Schulsanierung, Herr Brüning, also Schulsanierung und PPP. Egal was wir machen, ob Kreditfinanzierung oder PPP es ist eine langfristige Belastung. Es ist wenn man so will, eine Art Kreditaufnahme. Und wir machen nur das, was für uns günstiger ist. Und damit ist weder PPP schlecht, noch Kreditaufnahme gut. Es ist beides eine Belastung und wir können das nur machen, wenn wir dafür die Mittel haben. Und die haben wir uns geschaffen durch Sonderrücklagen, die wir im Haushalt vereinnahmt haben. Zum Ohrekreis noch mal, wie Sie sagen, der Ohrekreis steht so topp da. Das hat auch ganz klare Ursachen, warum das so ist. Der Ohrekreis hat, ich sage jetzt noch mal, dass ist Punkt, über den ich mich am meisten aufregen kann, 2002 als wir 20 Millionen Gewerbesteuer zurückzahlen mussten an Gewerbesteuerzahler, in diesem Jahr seine Gewerbesteuern von 9,5 auf 32 Millionen gesteigert. Von 9,5 auf 32 im Jahre 2002. Und seit dem fließen die Steuern in diesem Ort vor unserer Tür. Diese eine Veränderung hat uns alleine von den 170 Millionen 80 Millionen gekostet, um es mal deutlich zu sagen. Was können wir dafür, dass es so ist. Wir können entsprechend dieses Rechenbeispiels, was Sie gesagt haben, auf das Niveau von Barleben gehen, natürlich. Ich wäre dabei, hier im Stadtrat zu beschließen, wir ändern unser Gewerbesteuerhebesatz auf das Niveau von Barleben, sollten wir mal machen, das beschließen. Das kostet uns sofort 20 Millionen. Mal schauen, was die Kommunalaufsicht dazu sagt. Wir sollten mal beschließen, würde ich wirklich gut finden.

Das ist doch für uns sozusagen auf der Einnahmeseite gar nicht möglich. Trotzdem stimme ich Herrn Stern und Ihnen und Herrn Schmidt und allen zu, die gesagt haben, was man wirklich unterstreichen muss, dass es darum geht, in den nächsten 10 Jahren die Wirtschaft voranbringen. Das ist die einzige Aufgabe die wir haben, um die Quelle die wir haben, um eigene Einnahmen zu haben. Alles andere hilft nichts. Wir müssen das hinbekommen. Und dazu ist jede Maßnahme die wir gemeinsam gemacht haben auch mit Sülzetal in dem gemeinsamen Gewerbegebiet Magdeburg/Sülzetal hilfreich und hilft auch uns, voranzukommen. Und wenn man noch mal die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet, Herr Stern, weil Sie da Vorbilder genannt haben, dann muss man das auch zur Kenntnis nehmen,

dass in den überregionalen Rankings die gemacht worden sind, wir in der Frage der Dynamik in den letzten Jahren oft ganz vorne waren.

Das heißt, die Entwicklung bei uns ist erheblich gewesen in den letzten Jahren, sonst wären wir im dynamischen Faktor nicht so weit vorne gewesen.

Das es nicht reicht, wissen wir alle gemeinsam. Aber ich glaube man kann nicht sagen, dass wir gemeinsam nichts zustande gebracht haben. Es ist eine ganze Menge in der Stadt und um die Stadt herum auch an Entwicklungen da, die man einfach nur begrüßen kann. Zur Einnahmesituation die Herr Schmidt angesprochen hat, habe ich eben gesagt, dass ist der Faktor um den wir gemeinsam kämpfen und das ist so, da gibt es kein Vertun. Was den Ostfalenpark betrifft, da darf ich noch eine Bemerkung dazu machen, weil das zwei angesprochen haben, Herr Kutschmann glaube ich auch, wir reden ja hier über Haushaltskonsolidierung. Der Ostfalenpark, und das sollten Sie einfach auch zur Kenntnis nehmen, ist hoch verschuldet. Da gibt's zunächst mal keine großen Gewinne, die wir sozusagen irgendwo veranschlagen können. Das werden wir gerne sehen, da sind wir dabei, aber das liegt wirklich nicht an uns Herr Brüning, das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir da auf einem guten Weg sind. Und dann noch zu der letzten Bemerkung, die gemacht worden ist, Eigenbetriebe, Geldverdienen. Also die Eingebetriebe, die wir haben, wir können sie ja mal alle durchgehen. Das Theater kriegt einen Zuschuss. Wer einen Zuschuss kriegt, mit dem kann man kein Geld verdienen, das wäre ja absurd, wenn ich Geld rein stecke und kriege auch Geld wieder raus. Ja, aber Sie müssen doch sagen, was Sie meinen mit Eigenbetrieben. Mit KGM kann man auch kein Geld verdienen. Es gibt keine Eigenbetriebe, mit denen man Geld verdienen kann. Jedes Jahr haben wir irgendwo den Eigenbetrieben auch Geld weggenommen, auch den GmbH's im Übrigen. Und da hat Herr Brüning ja ein Beispiel vorhin genannt, was die MVB betrifft, die ja nun arg leiden musste. In einer Größenordnung von, glaube ich, 24 Millionen und die Zielgröße ist jetzt 2011 14 Millionen. Das ist eine Leistung und trotzdem fährt die Straßenbahn, zwar etwas weniger in der Nacht, gar keine Frage und am Wochenende auch, aber das Leben des ÖPNV in Magdeburg funktioniert noch. Die Frage ist nur, wenn wir es wieder auf das Niveau haben wollten, wie wir es 2002 oder 2001 hatten, wo wir das Geld dafür hernehmen. Wenn wir das haben, können wir es auch gerne wieder tun, aber ich glaube die Grundeinsicht, die wir alle in der Politik haben, dass das Geld knapp ist, die ist schon Jahrhunderte alt. Wenn man nachliest in der Geschichte, gab es nie ausreichend Geld in kommunalen oder öffentlichen Haushalten, es wurde immer über Geldknappheit gesprochen, dass wird auch in den nächsten Jahren so bleiben und trotzdem ging das Leben immer weiter und es wird auch bei uns Lösungen geben für die Probleme, die vor uns liegen, aber die Zielrichtung ist dafür klar.

In dieser Gesamtzielrichtung, dass ist ja das Gute im Stadtrat, bei allen Diskrepanzen die wir haben und zu der wir eine Meinungsauffassung haben, in der Grundrichtung glaube ich, stimmen wir in den meisten Fällen überein und darum werden wir auch die Stadt in den nächsten Jahren voranbringen, trotz aller finanziellen Schwierigkeiten die wir haben. Aber ich habe keinen Grund absolut pessimistisch zu sein. Die Situation ist schwierig, aber lösbar.

Herzlichen Dank.